

Herausforderungen des demografischen Wandels – Analyse und Handlungsbedarfe

Bericht zum AP 4.3.2 Vertiefung Demografie (H5)
im Rahmen des Zuwendungsprojektes
„Konzeptionelle Analysen und Überlegungen zur Ausgestaltung
einer Nachhaltigkeitsstrategie NRW aus wissenschaftlicher Sicht“



Wuppertal, Dezember 2016

Impressum

Herausgeber:
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
Germany

Fon (+49) 202 / 24 92-0
Fax (+49) 202 / 2492-108
Mail info@wupperinst.org
Web www.wupperinst.org

Autorin:
Dr. Uta von Winterfeld

Projektleitung:
Prof. Dr.-Ing. Manfred Fishedick
Prof. Dr.-Ing. Oscar Reutter

Wuppertal, Dezember 2016

Gefördert durch: **Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen**



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Demografischer Wandel, Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsstrategie – Einschätzungen von Expertinnen und Experten	4
3	Ist-Situation und Problemlagen	6
4	Leitbild zu Demografie und Nachhaltigkeit	9
5	Zentrale Indikatoren	11
6	Strategieelemente	14
7	Wechselwirkungen zu anderen Handlungsfeldern	16
8	Pfade der Umsetzung – Modellprojekte und Maßnahmen	22
8.1	Begegnungsräume und Zukunftssalons	23
8.1.1	Hintergrund und Prinzipien.....	23
8.1.2	Fünf erste Schritte.....	24
8.2	Sozial-ökologische Raumgestaltung im Quartier	27
8.2.1	Hintergrund und Prinzipien.....	27
8.2.2	Fünf erste Schritte.....	28
9	Fazit	31
10	Quellenverzeichnis	33

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 7-1 - Profil 1: Demografie als Herausforderung für Nachhaltigkeitsstrategien und Politik.....	20
Abbildung 7-2 - Profil 2: Demografie als Hinweis auf Synergieeffekte und Gestaltungsmöglichkeiten	21

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Wechselwirkungen zwischen H5 Demografie zu den anderen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen	16
--	----

1 Einleitung

Der Begriff „Demografischer Wandel bezeichnet einen aktuell stattfindenden grundlegenden Bevölkerungsstrukturwandel, der sich dem Demografiebericht der Bundesregierung zufolge mit drei Merkmalen kennzeichnen lässt: „Weniger“ (die Bevölkerungszahl wird sinken), „Älter“ (der Anteil der älteren und alten Menschen wird steigen) und „Bunter“ (plurale Lebensstile aufgrund von Veränderungen in den Haushalts- und Familienstrukturen sowie größerer ethnische und kultureller Vielfalt). Diese Entwicklung kann regional unterschiedlich verlaufen (BMI 2012). Auch innerhalb von Regionen und Städten finden sich differenzierte Entwicklungsmuster.

Ziel dieses Arbeitspaketes ist, das Handlungsfeld demografischer Wandel in der Nachhaltigkeitsstrategie NRW vertiefend zu analysieren. Der demografische Wandel enthält Herausforderungen an die Politik und stellt besondere Anforderungen an eine Nachhaltigkeitsstrategie.

„Demografiepolitik“ ist ein seit etwa 2008 neu entstandenes Politikfeld (siehe Hüther; Naegle 2013), das sich ausdrücklich von der „Bevölkerungspolitik“ abgrenzt (Mayer 2012: 4). Historisch ist Demografie als Bevölkerungswissenschaft zeitgleich mit den Nationalstaaten entstanden. Die statistische Erfassung der Bevölkerung und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung spielten von Beginn an eine zentrale Rolle. Wie sensibel das Thema für Politik, Staat und Gesellschaft ist, soll anhand von zwei historischen Beispielen zur „Unterbevölkerung“ und zur „Überbevölkerung“ illustriert werden.

Exkurs 1: Unterbevölkerung am Beginn der Neuzeit

Zu Beginn der Neuzeit gab es eine sogenannte „Kleine Eiszeit“, eine Klimaverschlechterung im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert. Sie trug dazu bei, dass die Ernährungslage prekär wurde. Im Jahr 1626 riefen polare Frostnächte im späten Frühjahr blankes Entsetzen hervor und man beschäftigte sich mit der Frage, ob es für Frost, Hagel und die durch Ernteauffälle bedingten Preissteigerungen Schuldige gab – ob sie etwa von den „Hexen“ verursacht wurden (Behringer 1998: 54). Die Hexenverfolgungen in Europa haben im Zusammenspiel von Kirche und Staat zeitgleich ihren Höhepunkt erreicht. Für dieses Phänomen gibt es viele Ursachen. Eine davon ist bevölkerungspolitisch: Die Kirche brauchte „Seelen“ und der Staat brauchte „Untertanen“. Verfolgt wurden insbesondere Hebammen als Expertinnen für Geburtshilfe und Geburtenregelung. Mit ihrem Wissen über Verhütung und Abtreibung standen sie der aufkommenden „Menschenproduktion“ als planvoller Reaktion merkantilistischer Politik auf den katastrophalen Bevölkerungsschwund am Ausgang der spätmittelalterlichen Agrarkrise im Wege (siehe auch Heinsohn; Knieper; Steiger 1979). Zugleich standen die Verfolgungen im Kontext der „Dämonologie“. Diese versuchte als „Wissenschaft“, das dämonische Andere zu systematisieren, zu erklären und zu vernichten. Einer der Begründer der Dämonologie war Jean Bodin, der zugleich als einer der ersten Staatstheoretiker gilt.

Hier zeigt sich, dass das Zusammenspiel von Bevölkerungsrückgang, Klimaverschlechterung und religiöser Radikalisierung zur Vernichtung der als „schuldig“ oder „böse“ ausgemachten Bevölkerungsgruppen, zu Pogromen und zu gesellschaftlicher Spaltung führen kann. Auch wenn die Verfolgungen von Hexen und Ketzern der Geschichte angehören, bleibt die Thematik religiöser Zuspitzung, bleibt das Problem der „Dämonisierung der Anderen“ und bleibt die Frage nach den Auswirkungen einer Klimaverschlechterung auf den sozialen Zusammenhalt bis heute aktuell (siehe auch do Mar Castro Varela; Mecheril 2016).

Exkurs 2: Überbevölkerung im Kontext der aufkommenden Politischen Ökonomie

Im späten achtzehnten und im frühen neunzehnten Jahrhundert entwickelt der britische Nationalökonom und Sozialphilosoph Thomas Malthus seine Bevölkerungstheorie im Kontext der Politischen Ökonomie. Ihm zufolge wächst die menschliche Bevölkerung schneller als ihre zum Leben erforderlichen Unterhaltsmittel. Hier leuchtet das auf, was später von Erich Schneider (1900-1970) als „Kalter Stern der Knappheit“ bezeichnet wird: Es ist nicht genug für alle da. Wie sensibel das Knappheitspostulat für Politik, Staat und Gesellschaft sein kann, zeigt eine Textpassage aus dem „Essay on the principle of population“, die allerdings Thomas Malthus selbst in späteren Ausgaben des Essays wieder getilgt hatte:

„Ein Mensch, ... , der in einer schon okkupierten Welt geboren wird, wenn seine Familie nicht die Mittel hat, ihn zu ernähren oder wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgend einen Teil von Nahrung zu verlangen, und er ist wirklich zu viel auf der Erde. Bei dem großen Gastmahle der Natur ist durchaus kein Gedecke für ihn gelegt. Die Natur gebietet ihm abzutreten, und sie säumt nicht, selbst diesen Befehl zur Ausführung zu bringen.“ (Zitiert u.a. in: Trojanow 2013)

Hier wird unter Berufung auf die Natur „überzähligen“ Menschen ihre Daseinsberechtigung entzogen. Beide historischen Beispiele zeigen, dass insbesondere die vorsorgenden, die gestalterischen Ansätze von Demografiepolitik ein hohes Maß an politischer Achtsamkeit, Umsicht und Weitsicht verlangen.

Zentral für Demografiepolitiken und Nachhaltigkeitsstrategien sind Fragen der Gerechtigkeit, insbesondere der Generationengerechtigkeit. In den einschlägigen Dokumenten zur nachhaltigen Entwicklung der Brundtland-Kommission (1987) und der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED 1992) sind intragenerationale (zwischen heute lebenden Generationen) und intergenerationale (zwischen heute und künftig lebenden Generationen) Gerechtigkeit als Grundsätze für Nachhaltigkeit gefasst. Die Debatte zu Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist hoch aktuell (z.B. Baumann; Becker 2016) und die Thematik sollte auch im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie NRW weiter vertieft werden.

Besondere Anforderungen an eine Nachhaltigkeitsstrategie liegen erstens darin, dass starke, auch Ressort übergreifende Integrationsleistungen mit Blick auf die verschiedenen Handlungs- und Querschnittsthemen erforderlich sind (siehe auch Abschnitt 7). Zweitens brauchen Vorsorgestrategien Zeithorizonte, die weit über Politikzyklen und Legislaturperioden hinausgehen. Auch Anpassungsstrategien sehen sich damit konfrontiert, dass Anpassungs-

prozesse „träge“ sind bzw. nur langfristig wirken¹. Drittens sind räumliche Ungleichzeitigkeiten und differenzierte räumliche Betroffenheitsmuster zu beachten.

Herausforderungen des Demografischen Wandels werden im Folgenden in sieben Schritten dargelegt. In Abschnitt 2 werden Einschätzungen von befragten Expertinnen und Experten (aus dem Wuppertal Institut und dem Team Nachhaltigkeitsstrategie) zur Verbindung von Demografischem Wandel und Nachhaltigkeit vorgestellt. In 3 folgt eine Darstellung der Ist-Situation und der Problemlagen. Anschließend wird in Abschnitt 4 ein knappes Leitbild zu Demografie und Nachhaltigkeit in Anlehnung an das Gesamtleitbild und dessen Leitprinzipien („Soziale Gerechtigkeit“, „ökonomische Vernunft“, und „ökologische Verantwortung“) skizziert, das zugleich die Grundlage für die in 5 vorgeschlagenen zentralen Indikatoren darstellt. Prävention und Anpassung, die im Text vom März 2016 herausgearbeiteten Strategieelemente für das Handlungsfeld Demografie, werden in Abschnitt 6 vertiefend diskutiert und bearbeitet. In 7 werden die Wechselwirkungen zu anderen Handlungsfeldern zunächst knapp (bezogen auf alle Handlungsfelder und Querschnittsthemen) und anschließend exemplarisch vertiefend anhand von zwei Profilen (zu Herausforderungen und zu Gestaltungspotenzialen) dargestellt. Auf Basis dieser Profile werden in Abschnitt 8 mögliche Modellprojekte und Maßnahmen vorgestellt; der letzte Abschnitt 9 gibt ein zusammenfassendes Fazit.

¹ siehe auch den Text von Miriam Müller zu „AP4 – Übersicht relevanter Handlungselemente im Handlungsfeld 5: Demografie“

2 Demografischer Wandel, Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsstrategie – Einschätzungen von Expertinnen und Experten²

„Unsere gemeinsame Zukunft“ lautet der Titel des Berichts der Brundtland-Kommission von 1987, in dem erstmals der Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ geprägt wird. Doch die Zeitorientierung und das Zeitempfinden ändern sich in einer alternden Gesellschaft. Der italienische Jurist und Politikwissenschaftler Noberto Bobbio schreibt als „Hochbetagter“ im Alter von 87 Jahren: „Die Zeit des alten Menschen, ich wiederhole es noch einmal, ist die Vergangenheit. Und diese Vergangenheit lebt im Gedächtnis wieder auf. Der große Reichtum des alten Menschen liegt in der wunderbaren Welt der Erinnerungen, einer unerschöpflichen Quelle an Gedanken...“ (Bobbio 1996: 73) Zur Zukunft heißt es: „Die Welt der Zukunft ist offen für die Einbildungskraft, und sie gehört Dir nicht mehr.“ (ebenda: 74).

Die unterschiedlichen Zeitorientierungen der jüngeren, mittleren und älteren Generation verweisen zugleich auf ein Spannungsverhältnis von Demokratie und Demografie. So haben beispielsweise in der Volksabstimmung in Großbritannien über den Verbleib oder Austritt aus der Europäischen Union am 23.6.2016 vorwiegend ältere Menschen in Großbritannien für den „Brexit“ gestimmt, mit dem jüngere Menschen leben müssen, die dagegen gestimmt haben. Für Nachhaltigkeitsstrategien ist damit die Frage nach geeigneten demokratischen Prozessen und Formaten aufgeworfen.

Demografie, so die Einschätzung im Gespräch mit Expertinnen und Experten, ist ebenso wie Nachhaltigkeit ein Großthema. Der demografische Wandel weist viele Zusammenhänge zu anderen Nachhaltigkeitsthemen auf (z.B. mit dem Bereich Nachhaltige Finanzen im Kontext des Rückgangs der Einkommenssteuer durch sinkende Bevölkerungszahlen). Daher ist es wichtig, die vielen Themen miteinander zu verknüpfen. Es führt aber zu nichts, die Demografische Entwicklung in Bezug auf alle 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) oder in Bezug auf alle Handlungsfelder und Querschnittsthemen gleichermaßen abbilden zu wollen. Zum einen aufgrund der Gefahr von Überkomplexität, zum anderen, weil sich dann kein erkennbares Profil mehr abzeichnen kann. Grundlegend für eine Nachhaltigkeitsstrategie ist der zentrale Stellenwert von Gerechtigkeit. Daher sind „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, „Daseinsvorsorge“ und „Arbeit/Einkommen“ von hoher Bedeutung.

Fragen der Schrumpfung und des Wachstums in der Gesamtbevölkerung betreffen die Infrastrukturen und die Daseinsvorsorge. Aus der Daseinsvorsorge heraus erfolgt eine Bereitstellung, doch das Verhältnis von Leistungsbereitstellung und Nutzung verändert sich. Beispielsweise kann ein Abwassersystem für eine schrumpfende Stadt zu groß geworden sein und die Rohre müssen zusätzlich gespült werden. Aufgabe von Politik und einer Nachhaltigkeitsstrategie ist, Infrastrukturen und Daseinsvorsorge unter den demografisch bedingten Veränderungen nachhaltig zu gestalten. Erschwerend ist hierbei, dass Bevölkerungsprognosen, je länger der Zeitraum, desto unsicherer sind. Auch verändern sich durch Alterung die „Attraktionsvariablen“ für Räume. Insgesamt handelt es sich um lange Zeithorizonte und gleichzeitige Veränderungen in den verschiedenen Räumen.

² Expert*innengespräche haben mit Rainer Lucas (Ökonom, Wuppertal Institut), Carolin Schäfer-Sparenberg (Raumplanerin, Wuppertal Institut), Ralf Schüle (Stadt- und Regionalsoziologe, Wuppertal Institut) und mit Klaus Reuter (LAG 21) stattgefunden. Ihre Expertise wird sowohl in diesem Abschnitt vorgestellt als auch im Folgeabschnitt zur Ist-Situation und den Problemlagen einbezogen.

Anhaltspunkte und Orientierungsmöglichkeiten stellen die drei Nachhaltigkeitszugänge Suffizienz, Effizienz und Konsistenz sowie die drei Säulen der Nachhaltigkeit (ökologisch, ökonomisch und sozial) dar. Letztere sind in das Leitbild der im Juli 2016 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie eingeflossen (siehe auch unten, Abschnitt 4). In sozialer Perspektive verweist der Zusammenhang von Demografie und Nachhaltigkeitsstrategie wie oben erwähnt vor allem auf die Notwendigkeit eines sozial gerechten Generationenvertrags (sowohl intras als auch intergenerational). Weiter verweist der Suffizienz-Zugang darauf, dass viele Strategien (z.B. der Stadtplanung) immer noch auf Wachstum und „Boom“ ausgelegt sind. Es bedarf aber ebenso der Strategien für Schrumpfungsprozesse (siehe auch unten, Abschnitt 3) In ökonomischer Perspektive geht es um innovative, Ressourcen schonende Formate der Her- und Bereitstellung und Nutzung von Infrastrukturen und Gütern im Kontext der Fragen um Schrumpfung und Wachstum der Gesamtbevölkerung. Mit der ökologischen Perspektive sind der verantwortliche Umgang mit Natur (z.B. Flächen) und die Qualität der Stoffe und Stoffkreisläufe (erneuerbare Ressourcen und abbaubare oder wiederverwendbare Abfälle) angesprochen, beispielsweise mit Blick auf Bauvorhaben im Kontext von Flüchtlingen und Zuwanderung.

Einen weiteren Anhaltspunkt bietet der Hinweis von Klaus Reuter, Mitglied des NH-Teams: Die drei einleitend erwähnten Schlagwörter zum demografischen Wandel („Weniger“, „Älter“ und „Bunter“) seien häufig zu hören. Seltener werde ein viertes Schlagwort erwähnt: „Ärmer“! Hier ist zu differenzieren, denn auch der Reichtum nimmt zu – wenn auch nur für Wenige.

3 Ist-Situation und Problemlagen

„Ärmer“ werden Menschen auf der individuellen Ebene. Es gibt viel stärker gebrochene Lebensarbeitsverläufe als früher und das Rentenniveau sinkt³. Damit erscheint die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentnern vergleichsweise als reich und privilegiert, selbst wenn es innerhalb dieser Generation, auch bei Männern und Frauen, wiederum große Unterschiede gibt. Ärmer werden auf der strukturellen Ebene Klaus Reuter zufolge zugleich die Kommunen, denn die nun aufzuwendenden Leistungen sind erheblich. Kommunen generieren häufig mehr Einkommens- als Gewebesteuer. Erstere schrumpfen, wenn mehr und mehr Menschen ins Renteneintrittsalter kommen. Für die Jahre ab 2030 sind Defizite zu erwarten, wenn die Boomgeneration (vor dem „Pillenknick“) in Rente geht.

Hier sind kluge und auch ganz neue Strategien erforderlich, beispielsweise mit Blick auf das Flächenmanagement und die Stadtentwicklung. In den „guten“ 1960er, 1970er und 1980er Jahren hat der Bauboom viele Eigentümshäuser hervorgebracht, auch „auf der grünen Wiese“. Sie sind heute in der Hand von jetzt über 65-jährigen. Ganze Quartiere werden in den nächsten fünf bis zehn Jahren einen Besitzerwechsel erfahren und es kann einen erheblichen Leerstand geben. Viele Häuser sind heruntergewohnt, der Wiederverkaufswert ist gering und umfasst oft ist nur noch den Grundstückswert. Möglicherweise führt die demografische Entwicklung deshalb zu ganz neuen Raummustern. Derzeit zeichnet sich im Vergleich zu früher eher eine Umkehrbewegung ab: Ältere Menschen, die es sich leisten können, ziehen aus dem suburbanen oder dem ländlichen Raum wieder in die Stadt zurück, weil die sozialen Infrastrukturen (z.B. die medizinische Versorgung) dort besser sind. Es kommt zur Reurbanisierung und zur Entleerung von insbesondere ländlichen Räumen. Beispielsweise ist die Besiedlung abseits der Küste im Kreis Nordfriesland stark vom demografischen Wandel erfasst. Ältere sanieren ihre Häuser nicht mehr und sie werden weit unter dem Ursprungswert verkauft. Auch mangelt es bei ländlichen strukturschwachen Räumen an Anreizen zur energetischen Sanierung. Wichtig ist daher, die räumliche Differenzierung bei Alters- und Schrumpfungsprozessen zu beachten.

Klaus Reuter zufolge ist die Landesplanung bislang oft nicht die geeignete Instanz, um die Entleerung ländlicher Räume zu regulieren. Sie schaue nicht auf die Leerstände, nicht auf das, was auf dem Land passiert – sondern sie schaue dorthin, wo sich neue Investitions- und Geschäftsvorhaben anbahnen. So sei eine landesplanerische Strategie, über neue Baugebiete junge Familien hinzuzugewinnen. Es gebe aber keine Strategie für die alten, mehr und mehr verfallenden Gebiete.

Vieles muss neu gedacht werden. Beispielsweise ist die Stadt Altena im Märkischen Kreis von gut 24.000 Einwohner*innen im Jahr 1993 auf gut 17.000 Einwohner*innen im Jahr 2015 geschrumpft, also um fast ein Drittel. Meist gibt es keinen Plan für den Umgang mit Schrumpfungsprozesse, für den Umgang mit dem „Weniger“. Doch der Altenaer Bürgermeis-

³ Siehe hierzu auch den Artikel von Ursula März zum neuen Film von Ken Loachs „Ich, Daniel Blake“ in DIE ZEIT Nr. 49/2016 vom 24. November 2016. Sie schreibt: „Ich, Daniel Blake zeigt nicht nur die Absurditäten eines Systems, sondern auch die persönliche Unnachgiebigkeit jener, die es bedienen. Beides aber hat Methode: die der Grenzkontrolle. Das Nadelöhr der Wohlfahrt ist eng, um den Zustrom der Bedürftigen zu reduzieren. Katie und Daniel Blake sind an den Schreibtischen der Befragter, Entscheider und Vermittler im Grunde nicht willkommen. Man könnte auch sagen: Sie irren durch das Labyrinth der Bürokratie wie Flüchtlinge im eigenen Land. Und genau hier wird Ken Loachs Film doppelt brisant. Er bebildert die Innengrenze, mit der eine westliche Gesellschaft die Armut von unten abwehrt – und lenkt unwillkürlich den Blick auf ihre Außengrenzen, die der fernen Armut trotzen sollen.“

ter hat kein Wachstum, sondern er hat einen innovativen Umgang mit dieser Schrumpfung versprochen. Er ist wiedergewählt worden. In 2015 hat er freiwillig 102 Flüchtlinge mehr als die vom Land Zugewiesenen aufgenommen⁴. Er macht Besichtigungstouren mit Asylbewerber*innen und setzt u.a. auf das „Bunter“ des demografischen Wandels.

Es gibt Städte im Ruhrgebiet, wo 40% der Kinder unter zehn Jahren einen Migrationshintergrund haben, so beispielsweise in Duisburg⁵. Wie kann eine Gesellschaft nachhaltig mit dieser Generation umgehen? Wie „qualifiziert“ verlassen diese Kinder später die Schule – und welche Auswirkungen hat dies für den sozialen Zusammenhalt? Es besteht in Verbindung mit dem demografischen Wandel insgesamt die Gefahr, zu sehr auf „Alterung“ zu fixieren, die Generationen danach aus dem Blick zu verlieren und beispielsweise die kinderfreundliche Gestaltung der Gesellschaft und der Lebensorte zu vernachlässigen.

Gleichzeitig begrüßen alle Wirtschaftszweige, die an der Binnennachfrage hängen, die Zuwanderung⁶. Hier bleibt mit Bezug auf den Fachkräftemangel zu fragen, weshalb der Arbeitsmarkt und das Ausbildungssystem in Deutschland nicht in der Lage sind, die im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung und Roboterisierung erforderlichen Qualifikationen „herzustellen“. Liegt dies nur daran, dass es weniger jüngere Menschen gibt – oder liegt es auch daran, dass diese jüngeren Menschen die erforderlichen Qualifikationen nicht erhalten? Beispielsweise Flüchtlinge ohne Status oder Kinder mit Migrationshintergrund? Denn vor diesem Hintergrund könnten das Anwerben von Fachkräften und die Förderung von Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu einer doppelten Ungerechtigkeit führen. Zu sozialer Ungerechtigkeit, weil die hier lebenden, niedrig qualifizierten Menschen vernachlässigt werden; zu globaler Ungerechtigkeit, weil in anderen Ländern ausgebildete Menschen abgezogen werden und dort fehlen (Bezug Handlungsfeld 14, Eine-Welt-Politik und Querschnittsthema 4, Internationale Dimension).

Allgemein scheint es Rainer Lucas zufolge, als seien die ökonomischen Akteure sehr viel schneller und flexibler unterwegs als die Politik und entwickeln beispielsweise zunehmend altersgerechter Angebote⁷. Wenn sich das allerdings über den Markt abspielt, bleibe zu fragen: Was ist mit denen, die sich die Produkte nicht leisten können? Was ist mit Altersarmut? Hier müsse Politik handeln.

Aktuell werden Klaus Reuter zufolge in 16 Kommunen NRW⁸ Nachhaltigkeitsstrategien thematisiert. Einhellige Meinung dieser Kommunen sei: Es geht mit den alten Strategien nicht. Es darf zum Beispiel nicht mehr gebaut (und versiegelt) werden, sondern es geht darum, neue und Flächen schonende Strategien zu entwickeln. Wenn nur noch Zentrumspolitik betrieben wird und nur auf die Booms geschaut wird, so ist dies mit einem riesigen zusätzlichen Flächenverbrauch verbunden. Die Aufgabe ist daher, es zu schaffen, den verfallenden Wohnraum wieder attraktiv zu machen. Dafür braucht es innovative Planungskonzepte. An-

⁴ siehe <https://www.come-on.de/lennetal/altena/altenas-buergermeister-andreas-hollstein-zeigt-gesicht-6270904.html>

⁵ siehe http://www.duisburg.de/vv/50/medien/Sozialbericht_Duisburg_2012.pdf, S. 43f. insbes. Tabelle 8 auf S. 44

⁶ siehe u.a. <http://www.n-tv.de/wirtschaft/orgen-Fluechtlinge-fuer-Wachstumsschub--article15911721.html> und <https://www.welt.de/politik/deutschland/article123539929/Warum-Einwanderer-ein-Segen-fuer-Deutschland-sind.html>

⁷ Besonders eindrucksvoll stellt sich dies in der Reisebranche dar, siehe z.B. unter <http://www.travelbook.de/welt/wie-die-reisebranche-um-die-generation-60plus-buhlt-692855.html>

⁸ Klaus Reuter bezieht sich hier auf das Projekt „Global nachhaltige Kommune in NRW“, das 16 Kommunen bei der Entwicklung zukunftsfähiger Konzepte unterstützt. Es nehmen Kommunen unterschiedlichster Größe und mit unterschiedlichsten strukturellen Voraussetzungen teil: Die Kreise Steinfurt und Unna, die Städte Arnsberg, Bad Berleburg, Bedburg, Bonn, Dinslaken, Dortmund, Eschweiler, Herdecke, Köln, Münster, Solingen und Willich sowie die Gemeinden Jüchen und Nottuln.

sätze gibt es in Städte-Umland-Kooperationen, zum Beispiel in Aachen und Münster. Doch was ist mit Regionen ohne Zentrum? Wo es keinen Boom gibt und alle mit den Folgewirkungen der Schrumpfungsprozesse konfrontiert sind?

Gerade auch hier liegt eine Funktion einer integrativ angelegten Nachhaltigkeitsstrategie für die Politik: Lücken zu identifizieren und die Defizite anzugehen, die durch die gegenwärtigen Ressortpolitiken nicht abgedeckt sind.

4 Leitbild zu Demografie und Nachhaltigkeit

Das in 2015 erarbeitete Leitbild „Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen 2030“ ist anspruchsvoll und weitreichend. Es beginnt wie folgt:

„Das Prinzip

Nordrhein-Westfalen entwickelt sich nachhaltig – bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus.

NRW als das bevölkerungsreichste Bundesland demonstriert, wie der Wandel für eine nachhaltige Entwicklung unter Erhalt und Stärkung der industriellen Strukturen erfolgreich gestaltet werden kann.

NRW folgt dabei den Leitprinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen Vernunft und der ökologischen Verantwortung und ist den daraus abgeleiteten Zielen seit 2015 messbar näher gekommen. Damit wird für die heutigen und nachfolgenden Generationen ein funktionierendes soziales, ökonomisches und ökologisches Gefüge geschaffen.

NRW bewahrt und entwickelt das Wohlergehen aller Menschen und den gesellschaftlichen Wohlstand in einer gesunden und intakten Umwelt. Die globale Verantwortung und die Belastungsgrenzen unseres Planeten werden als Handlungsrahmen beachtet.“ (Wuppertal Institut 2015).

Meiner Einschätzung nach wäre falsch, diesem ambitionierten Leitbild neue Elemente hinzuzufügen zu wollen. Vielmehr seien drei vorhandene Leitbildelemente benannt, die vor dem oben skizzierten Ist-Zustand besonders relevant erscheinen: Integration, soziale Gerechtigkeit und Umwelt- bzw. Klimaqualität. Diese sind in der am 14. Juli 2016 verabschiedeten Nachhaltigkeitsstrategie NRW enthalten (Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2016).

1. Die *nachhaltigkeitsstrategische Verknüpfung* von Handlungsfeldern und Schwerpunktthemen mit Bezug auf Demografischen Wandel verweist auf einen hohen horizontalen Integrationsbedarf. Dieser ist in der Nachhaltigkeitsstrategie im Abschnitt zu „Nachhaltigkeit als Leitprinzip für NRW“ verankert. Die Landesregierung orientiert sich am „European Sustainable Development Networks (ESDN)“ und sieht die Notwendigkeit „einer optimierten horizontalen Integration (insbesondere zwischen den Ressorts der Landesregierung). (Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2016, S. 8)

2. Die *Gerechtigkeitsperspektive*, verbunden mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, ist zentral für den Nachhaltigkeitsprozess im Kontext demografischen Wandels, und sie ist für den sozialen Zusammenhalt erheblich. Dieser Aspekt ist im Leitbild ebenfalls enthalten: „Alle Menschen in NRW haben die gleiche Chance auf eigene Entfaltungsmöglichkeiten und ein gutes Leben. Die Menschen genießen eine hohe Lebensqualität und einen guten sozialen Zusammenhalt.“ (Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2016, S. 6) Auch der oben genannten räumlichen Ungleichzeitigkeit bei Wachstums- und Schrumpfungprozessen wird Rechnung getragen: „NRW ist vielfältig: Mit unterschiedlichen Regionen und Traditionen, städtischen und ländlichen Gebieten, wachsenden und schrumpfenden Teilräumen. Darum entwickelt das Land NRW seine Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend der besonde-

ren Anforderungen und Bedürfnisse der verschiedenen Teilräume.“ (Wuppertal Institut 2015, S. 1)

3. Die *Gefahr wechselseitiger Verstärkung* gesellschaftlicher Krisen (demographischer Wandel, sozialer Zusammenhalt, Radikalisierung) und physischer Krisen (Klimawandel) ist der Zielsetzung des Leitbildes folgend schon in 2030 weitgehend gebannt. Denn die Umweltqualität hat deutlich zugenommen. Klimaschutzziele sind umgesetzt und die Treibhausgasemissionen sind um mehr als 40% gesenkt worden. Der Verlust der Artenvielfalt konnte aufgehalten und die Biodiversität konnte vermehrt werden. Die Qualität der Grund- und Oberflächengewässer ist gut und der tägliche Flächenverbrauch ist um die Hälfte zurückgegangen. (ebenda, S. 4)

Anhand des letzten Punktes soll eine Problematik benannt werden, die sich bei einer vertiefenden Betrachtung im Handlungsfeld Demografischer Wandel zeigt. Die Leitvorstellungen und Leitziele sind von einer stark optimistischen Grundhaltung geprägt: Eine besser Welt ist möglich und die Trendwende in Richtung einer nachhaltigen Zukunft ist in den nächsten fünfzehn Jahren für alle Menschen erreichbar. Diese Haltung ist für ein Leitbild naheliegend und sinnvoll; von den angestrebten Entwicklungen und von den ambitionierten Zielen ist nichts zurückzunehmen. Doch die zugrundeliegenden Entwicklungsvorstellungen wirken linear und widerspruchsfrei. So als könne es ohne Störungen, ohne Krisen, ohne Einschnitte jedes Jahr besser werden. Die langen Zeithorizonte bei demografischen Entwicklungsprozessen, die schon jetzt spürbaren Auswirkungen des Klimawandels, die deutlichen Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts – all dies verweist auf die Notwendigkeit, auch krisenhafte Entwicklungen unter den Bedingungen von Unsicherheit und Unvorhersehbarkeit in den Blick zu nehmen. Kurz: Die Leitbildvorstellungen bedürfen einer vertiefenden Auseinandersetzung mit aktuellen und mit möglichen krisenhaften Entwicklungen.

5 Zentrale Indikatoren

In der Nachhaltigkeitsstrategie NRW sind im Kontext des Handlungsfeldes Demografischer Wandel bereits einige Indikatoren benannt. Als Hintergrundindikator gilt die Zahl der Pflegebedürftigen und der Beschäftigten in Pflegeberufen (Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen 2016, S. 49). Hier ist auf Basis der bisherigen Ausführungen zu ergänzen: Dieser Hintergrundindikator ist bislang zu sehr auf nur ein Element demografischen Wandels ausgerichtet: „Älter“. Die Expertin Carolin Schäfer-Sparenberg hat angemerkt, dass die Gefahr besteht, mit dieser Fixierung die nachfolgenden Generationen zu vergessen und schlägt beispielsweise ergänzend eine kindgerechte Gestaltung von Infrastrukturen vor. Auch eine migrationsgerechte Qualifizierungsoffensive („Bunter“) liegt nahe. Mit Blick auf das „Ärmer“ ist die Frage nach einer Sozialpolitik aufgeworfen, die sozial und generationengerechte Altersvorsorge zum Schwerpunkt macht. All dies spricht nicht für mehr Hintergrundindikatoren, sondern für einen, der die Spannweite des demografischen Wandels umfasst. Hinzu kommt, dass mit den „Beschäftigten in Pflegeberufen“ die vielen nicht-erwerblichen Tätigkeiten im Pflegebereich nicht mit einbezogen werden. Dies spricht für eine Integration von erwerblichen und nicht-erwerblichen Tätigkeiten und eine Erweiterung der Arbeitsperspektive. Daher bietet sich als Hintergrundindikator „Soziale Verletzlichkeit und gesellschaftliche Sorgekapazitäten“ an. Demografiespezifische soziale Verletzlichkeit kann beispielsweise im Kontext von „Klimawandel und Gesundheit“ oder von Schulabschlüssen der Schüler*innen mit Migrationshintergrund“ ermittelt werden. Dies kann dann ins Verhältnis zu gesellschaftlichen Sorgekapazitäten (erwerblich, ehrenamtlich, öffentlich, familiär) gesetzt werden. Ein solcher Hintergrundindikator wäre auch für die Handlungsfelder Klimaschutz (H1), sozialer Zusammenhalt (H8) und Faire Arbeit (H6) relevant (siehe Abschnitt 7). Denn vom Klimawandel sind verletzbare Gruppen (z.B. Kinder, schwangere Frauen und ältere Menschen mit Blick auf neue Krankheitserreger und Hitzestress) besonders betroffen. Der soziale Zusammenhalt ist auch deshalb prekärer geworden, weil es ein Ungerechtigkeitsempfinden u.a. mit Blick auf die Verteilung von Vermögen, von Arbeit und von Einkommen gibt und Ungleichheitskonflikte nicht bearbeitet werden (siehe auch Mau 2016). Ein solcher, die Spannweite des demografischen Wandels umfassender und nicht-erwerbliche Sorgetätigkeiten integrierender Hintergrundindikator müsste in einem Folgeschritt debattiert, konkretisiert und operationalisiert werden.

Spezifische Indikatoren für das Handlungsfeld Demografischer Wandel werden im Kontext der „Förderung lokaler Konzepte zur altengerechten Quartiersentwicklung“ genannt:

- die Zahl der durchgeführten Beratungen der Landesbüros „Altengerechte Quartiere.NRW“ und „Innovative Wohnformen.NRW“, und
- die Inanspruchnahme der Fördermittel im Rahmen des jeweils gültigen Landesförderplans Alter und Pflege.

Diese Indikatoren weisen eine Überschneidung zum Handlungsfeld 10, „Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung“ auf. Soll der demografische Wandel jedoch in seiner gesamten Spannweite (Älter, Weniger, Bunter und Ärmer) erfasst werden, so wird auch das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ relevant, denn der Förderansatz der „Sozialen Stadt“ ist „seinem Anspruch nach sozialraumbezogener Ausdruck einer präventiven Politik, der es darum geht wohnortbezogene soziale Netzwerke zu stärken und den Stadtteil bzw. das Quartier als

Ressource gerade für benachteiligte Bevölkerungsgruppen (z.B. Arme, Alleinerziehende, Ausländer, Alte) zu begreifen, die besonders in ihrer täglichen Lebensführung auf den Nahraum orientiert und angewiesen sind.“ (Zimmer-Hegmann 2013, S. 13) Für eine integrierte Quartiersplanung sollte Zimmer-Hegmann zufolge die Frage nach der „Förderung aus einer Hand“ erneut aufgegriffen werden. Das würde bedeuten, auch Konzepte wie die „Grüne Stadt“ (MBWSV 2014, z.B. mit Blick auf mögliche Hitzeinseln relevant) einzubeziehen und Soziale Stadt wie Grüne Stadt mit dem Förderplan Alter und Pflege zu verknüpfen. Erste Entwicklungen in diese Richtung zeigen sich in neuen sozial-ökologische angelegten Ansätzen wie die „Grüne Stadt der Zukunft“ (mit Forderungen nach neuer Gemeinnützigkeit, bezahlbarem Wohnen und „Fairer Wärme“)⁹.

Ein zentraler Indikator für die Wechselwirkung zwischen den Handlungsfeldern 5 und 10 müsste somit sowohl die Integrationsfortschritte von Förderprogrammen und Konzepten wie auch deren Inanspruchnahme bzw. Anwendung abbilden.

Ein weiterer zentraler Indikator sollte den Hintergrundindikator stärker mit dem Handlungsfeld 6, Faire Arbeit verknüpfen. Hierzu gibt es Anregungen seitens der Gesundheitsexpertin Claudia Hornberg. In einem Telefoninterview zu Klimawandel und Gesundheit legt sie dar:

„Das Pflegedefizit im Care-Bereich hängt zum einen damit zusammen, dass die Zeit nicht da ist. Das System funktioniert nach Taktzeiten, nicht nach Sorgebedarfen. Aber zum anderen hängt das Defizit auch damit zusammen, dass diese Sorgebedarfe, dass Achtsamkeit mit Blick auf die Verletzlichkeit Anderer im Denken nicht vorkommen.

Hintergrund sind die Priorisierung und die Ökonomisierung im Gesundheitswesen, die zu Funktionseinbußen und Störungen führen. Denn es wird gewinnorientiert über Fallverläufe geredet – da haben Sorge und Achtsamkeit keinen Platz. Doch der Klimawandel erfordert gerade das Vorhalten – und nicht die effizienzgeleitete Verausgabung in getakteten Zeiten.

Die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen müssen sich an diesem Phänomen orientieren. Dazu bedarf es der Wertschätzung und der Aufwertung von Pflege. Doch derzeit herrschen ein Pflege- und Ärztenotstand vor. Zugleich gälte es, eine andere als die jetzige Finanzierungsebene zu finden. Und das gegenwärtige System abzuklopfen: Primär fließen die Gelder in apparateaufwändige Diagnostik und häufig kommt es zu Doppel- oder Mehrfachdiagnosen. Diese vermeidbaren Kosten gälte es einzusparen und stattdessen den Pflegebereich besser auszustatten. Auch bräuchte es andere Auswahlkriterien als z.B. das der billigsten Anbieter. Und es bedürfte anderer Entgeltsysteme.“

Diese Ausführungen legen ein Indikatorbündel zur Sorge- und Pflegesituation nahe:

- Ein Indikator zum Fachkräftestand in Gesundheitswesen und Pflegewirtschaft (z.B. Anzahl nicht besetzter Stellen für Pflegekräfte/Differenz zwischen Bedarf und gedeckter Nachfrage)
- Ein Indikator zum Verhältnis von Einkommensniveau und Arbeitsbelastung im Pflegeberuf

⁹ siehe auch der Newsletter der Grünen Bundestagsfraktion „Grüne Stadt der Zukunft 3/2016 unter <https://www.gruene-bundestag.de/service-navigation/newsletter-registrierung/newsletter/gruene-stadt-der-zukunft/gruene-stadt-der-zukunft-32016.html?type=44> .

- Ein Indikator zum Umfang der Sorge- und Pflegeleistungen außerhalb der Erwerbsarbeit (Ehrenamt und Privathaushalte), beispielsweise mit dem Ziel der „Kurzen Vollzeit für Alle“ (siehe BUND, Brot für die Welt 2008, S. 434 f)¹⁰

Geprüft werden sollte außerdem, ob es einen Indikator geben kann und sollte, der die Qualität und insbesondere die Zufriedenheit der Betroffenen mit den Sorgeleistungen spiegelt.

¹⁰ Kurze Vollzeit für Alle bedeutet hier 75% Erwerbsarbeit und 25% andere Arbeiten, also etwa eine 30-Stunden-Woche.

6 Strategieelemente

Bislang sind für das Handlungsfeld 5, Demografie, zwei Strategieelemente vorgeschlagen worden: Erstens die Präventionsstrategie, um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken und zweitens die Anpassungsstrategie, um vorausschauende Anpassungen zu treffen¹¹. Die Präventionsstrategie umfasst bislang die Elemente Familienpolitik (um der sinkenden Geburtenrate entgegenzuwirken), Zuwanderung (um den demografischen Wandel und/oder seine Folgen abzumildern) und Diversity-Management, um die in der Vielfalt steckenden Potenziale zu realisieren.

Die Anpassungsstrategie bezieht sich vor allem auf den Ausbau, den Umbau und den Rückbau von Infrastrukturen. Hinzu kommen innovative Infrastrukturen und Angebotsformen, damit im Spannungsgefüge von Aus- und Rückbau eine hohe Lebensqualität in vom demografischen Wandel geprägten Städten und Regionen gewährleistet ist (z.B. eine familien- und altersgerechte, partizipative Quartiersentwicklung und die Entwicklung neuer Wohnformen).

Diese Strategieelemente sollen nun vertiefend und auf der Grundlage der bisherigen Ausführungen auf ihre Grenzen, Potenziale und Umsetzbarkeit hin betrachtet werden.

Eine Präventions- bzw. Vorsorgestrategie ist mit den einleitend erwähnten Risiken konfrontiert. Es bedarf wie dargelegt der demografiepolitischen Achtsamkeit, Umsicht und Weitsicht, damit Demografiepolitik nicht in Bevölkerungspolitik und den damit drohenden Diskriminierungen bis hin zu Verfolgungen von Menschen und Gruppen umschlägt. Daher ist erstens ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, Verknüpfungs- und Integrationsmöglichkeiten der bislang getrennten gefassten vorsorgenden Strategieelemente der Familienpolitik, der Zuwanderungspolitik und des Diversity-Management herauszuarbeiten. Weiter ist ratsam, dem in den Abschnitten 2 und 3 dargelegte vierten Kennzeichen des demografischen Wandels „ärmer“ mit vorsorgenden und an Generationengerechtigkeit orientierten Sozialpolitiken entgegenzuwirken.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeitsstrategie kommt hinzu, dass sich demografische Entwicklungen nicht exakt prognostizieren lassen und sich auf lange Zeithorizonte erstrecken, die Legislaturperioden bei weitem überschreiten. Daher verweist insbesondere der demografische Wandel auf eine notwendige politische Verständigung darüber, wie zu regierungs- bzw. Legislaturperioden übergreifenden Problemlagen politisch gearbeitet und verfahren werden kann. Denn einerseits kann künftigen politischen Generationen und Regierungen nicht vorgeschrieben werden, was sie zu tun haben. Andererseits brauchen aber vorsorgende Politiken Kontinuität. Der britische Soziologe Anthony Giddens weist in seinem Buch „The Politics of Climate Change“ (Giddens 2009) darauf hin, dass derzeit weder freie Märkte noch Politiken mit langfristigen Dimensionen umzugehen vermögen. Er folgert daraus, dass es so etwas wie einen parteiübergreifenden Pakt zu Zukunftsfragen und Langfristpolitiken geben muss. Um zu einem solchen Pakt zu gelangen, bedarf es auch einer politischen Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld zwischen langen Zeithorizonten bei Investitions- und Demografiepolitiken versus kurzfristig orientierter Kosteneffizienz. Denn letztere ist oft blind sowohl für langfristige Kostenersparnisse als auch für achtsame und auf Menschen bezogene Qualitäten von Dienstleistungen. Daher ist das Diktat der und die Fixierung auf Kosteneff-

¹¹ Siehe auch Fußnote 1 zum Text von Miriam Müller

fizienz gerade für Langfristpolitiken zu hinterfragen. Zudem scheint sich Kosteneffizienz weniger auf die Anschaffung kostspieliger Apparate als auf den Einsatz menschlicher Arbeit zu beziehen, was angesichts von Sorgedefiziten bis hin zu Pflegenotständen strategisch unklug erscheint.

Ähnliches lässt sich mit Blick auf die in der Anpassungsstrategie angesprochenen Fragen zur Gestaltung von Infrastrukturen aussagen. Denn auch hier dominiert die Devise der Vermeidung kurzfristiger Kosten und Diskussionen über sinnvolle Investitionen für das Wohlergehen in der Zukunft werden kaum oder gar nicht geführt. Hinzu kommen ähnlich wie im Sorgebereich ein aktueller Modernisierungsbedarf von Infrastrukturen (derzeit insbesondere technische Infrastrukturen im Mobilitätsbereich) und ein entsprechender Investitionsstau.

Perspektivisch sind daher Räume erforderlich, in denen solche Fragen im Zusammenwirken von Politik und Bürger*innen debattiert und verhandelt werden können (siehe auch Abschnitt 8 sowie Leggewie 2013).

Die Chancen demografiepolitischer Vorsorge- und Anpassungsstrategien liegen insbesondere darin, dass sie häufig auf vernachlässigte oder liegen gebliebene gesellschaftliche und politische Aufgaben verweisen. Daher haben kluge, demografische und nachhaltige Strategieelemente ein großes Synergiepotenzial, wenn beispielsweise die Unterstützung generationengerechter Wohnverhältnisse mit der Ermöglichung generationengerechter Arbeitsverhältnissen verknüpft wird (siehe auch Abschnitt 8). Dieses zu verwirklichen bedarf allerdings vermutlich besonderer integrativer Leistungen. Zwischen politischen Ressorts (z.B. Umwelt, Soziales, Wirtschaft); zwischen den Förderprogrammen und Konzepten (z.B. soziale Stadt, grüne Stadt, Förderplan Alter und Pflege) und zwischen den vier Merkmalen des demografischen Wandels (ärmer, bunter, weniger, älter). Diese Integrationsbedarfe legen auch Hintergrundkonzepte nahe, die soziale und ökologische Politiken innovativ verbinden. Dabei kann an die Landesinitiative „NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ angeknüpft werden. Hier werden Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Politikfeldern, z.B. zwischen Bekämpfung von Armut, Umweltgerechtigkeit und Gesundheit betont.¹²

¹² siehe unter http://koelnlink.de/nachhaltigkeit_nrw_2/themen/schwerpunktfelder/landesinitiative-nrw-haelt-zusammen/

7 Wechselwirkungen zu anderen Handlungsfeldern

Den Integrationserfordernissen einer Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend werden in der nachfolgenden Tabelle 1 zunächst Wechselwirkungen zu allen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen abgebildet.

Tabelle 1 Wechselwirkungen zwischen H5 Demografie zu den anderen Handlungsfeldern und Querschnittsthemen

Handlungsfelder	Wechselwirkungen	
	Prinzip des Zusammenhangs	Veranschaulichung, Beispiele
H1: Klimaschutz	Folgen des Klimawandels (physisch) und des demografischen Wandel (sozial) verstärken sich wechselseitig	<ul style="list-style-type: none"> Negative Verstärkung, z.B. Zunahme von Extremwetterereignissen und sozialer Verletzlichkeit: Steigende Unsicherheit und Angst vor Transformationsprozessen Nationale positive Verstärkung, z.B. weniger CO₂-Ausstoß aufgrund abnehmender Bevölkerung: Wird u.a. durch die globale Dimension kompensiert
	Klimawandel gefährdet Lebensgrundlage	Klimaflüchtlinge, Zuwanderung
H2: Energiewende	Erneuerungsbedürftige Infrastrukturen	Verzögerung der Umgestaltung des Energiesystems durch Fachkräftemangel
	Nachhaltige Energienutzung wird unterstützt	Wissen zum sparsamen Umgang mit Energie bei Migrant*innen und der älteren Generation
H3: Nachhaltiges Wirtschaften	Kann durch demografische Entwicklungen erschwert werden	<ul style="list-style-type: none"> Zunahme von Knappheit durch globale Überbevölkerung Abnahme von Vitalität durch nationale Unterbevölkerung und Alterung
H4: Schutz natürlicher Ressourcen	Ressourcenverbrauch steigt	Zunehmender Wärme- und Kältebedarf bedarf bei älteren Menschen und erhöhter medizinischer Versorgungsaufwand
	Motivation zur Ressourcenschonung steigt	Niedrige Geburtenrate stärkt Motivation zur Ressourcensuffizienz, um künftigen Generationen ein gutes Leben zu ermöglichen
H6: Faire Arbeit	Druck mit Blick auf die Gestaltung fairer Arbeitsverhältnisse wächst	<ul style="list-style-type: none"> erhöhte Pflege- und Sorgebedarfe in Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit Fachkräftemangel
H7: Integration und Interkulturalität	Integrations- und Unterstützungsbedarfe nehmen zu	Intergenerativer und intragenerativer Integrations- und Unterstützungsbedarf durch Alterung und Zuwanderung, insbes. mit Bezug auf H8

Handlungsfelder	Wechselwirkungen	
	Prinzip des Zusammenhangs	Veranschaulichung, Beispiele
H8: Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe	Wechselseitige Verstärkung von Klimawandel und Demografischem Wandel wirken sich auf sozialen Zusammenhalt aus	<ul style="list-style-type: none"> • Neue intergenerative und interkulturelle institutionelle Arrangements können den sozialen Zusammenhalt stärken • bei negativer Verstärkung steigt die Gefahr von Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit • Trendverschärfung durch reale und/oder imaginierte Knappheit
	Demographischer Wandel schwächt soziale Sicherung	<ul style="list-style-type: none"> • Ungleichheit steigt und Teilhabemöglichkeiten sinken aufgrund zunehmend prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse bei fehlendem sozialpolitischen Ausgleich
H9: Nachhaltige Finanzpolitik	Druck auf öffentliche Haushalte	<ul style="list-style-type: none"> • Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung treten in Konkurrenz zu wachsendem Versorgungsbedarf bei sinkenden Altersrenten
H10: Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung	Höhere Anforderungen an integrative Ansätze in der Stadt- und Raumplanung	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhter Bedarf an altersgerechten und intergenerativen Wohnformen • Gefahr der Segregation steigt (z.B. überalterte Quartiere einerseits und jüngere, zumeist interkulturell geprägte Quartiere andererseits)
H11: Nahmobilität	Hohe Ansprüche an Mobilitätsplanung und ÖPNV-Gestaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhter Erreichbarkeitsbedarf im Nahbereich aufgrund abnehmender Mobilität • Erhöhter motorisierter Mobilitätsbedarf bei älteren Menschen • Erhöhter kindergerechter und kindersicherer Mobilitätsbedarf
H12: Nachhaltiger Konsum/Nachhaltige Lebensstile	Veränderung von Versorgungssystemen erforderlich	<ul style="list-style-type: none"> • Abnehmende Vitalität und zunehmender Versorgungsbedarf bei Älteren • Veränderte Nutzung, z.B. durch gemeinschaftliche Nutzung in intergenerativen Wohnprojekten
H13: Bildung für nachhaltige Entwicklung	Veränderte Bildungs- und Qualifikationsformate und -inhalte	<ul style="list-style-type: none"> • Neue Kooperationsanforderungen, z.B. an wechselseitige Weitergabe und Vermittlung von Wissen • Erhöhter Bedarf an sozialen und ökologischen Kompetenzen z.B. im Gesundheitsbereich
H14: Eine-Welt-Politik	Ungleichzeitigkeiten im politischen Mehrebenensystem (z.B. Unterbevölkerung und Überbevölkerung)	<ul style="list-style-type: none"> • Höhere Anforderungen an die Integrations- und Ausgleichsfähigkeit der Politik legen Kooperationen mit der Zivilgesellschaft nahe, z.B. mit den Kirchen,

Querschnittsthemen	Wechselwirkungen	
	Prinzip des Zusammenhangs	Veranschaulichung/Beispiele
Q1: Barrierefreiheit und Inklusion	Bedarf wird durch demografischen Wandel höher	
Q2: Bildung sowie Wissenschaft, Forschung und Innovation	Neue Anforderungen an Bildungsinfrastrukturen (z.B. Klassengrößen, Qualifizierungsangebote, siehe auch H 13)	Legt für Wissenschaft und Forschung innovative kooperative und transdisziplinäre Formate nahe, um die Bedarfe verschiedener Gruppen (Junge und Alte, Migrant*innen und Nicht-Migrant*innen...) zu erfüllen. Z.B. mit Blick auf die wechselseitige Weitergabe und Vermittlung von Wissen; siehe auch H 13
Q3: bürgerschaftliches Engagement/Teilhabe	Erhöhter Pflege- und Sorgebedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Stärker mit H 6, faire Arbeit verknüpfen, um den Sorge- und Pflegebedarf sowie das Sorge- und Pflegepotenzial der „ganzen“ Arbeit in den Blick zu bekommen • Zu prüfen wären Ansätze wie die „Sorgenden Netze“ zur Entlastung pflegender Angehöriger unter Einbindung von Ehrenamt und Selbsthilfe
Q4: internationale Dimension	Hohe Relevanz des Leitprinzips „soziale Gerechtigkeit“ aufgrund nationaler (Unterbevölkerung) und globaler (Überbevölkerung). Ungleichzeitigkeiten. Siehe auch Handlungsfeld 14	
Q5: Nachhaltigkeit in Kommunen, LAG 21	Demografischer Wandel erfordert eine Stärkung der sozialen Dimension von Nachhaltigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Hohes Gestaltungspotenzial, wenn die soziale und die ökologische Ebene integrativ verknüpft werden (siehe auch Handlungsfeld 10) • Quartiersübergreifender Kooperationsbedarf, u.a. wegen Segregation
Q6: Gleichstellung der Geschlechter	Pflege- und Sorgeengpässe in Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit (siehe auch H 6); auch hier hohe Relevanz des Leitprinzips „soziale Gerechtigkeit“	<ul style="list-style-type: none"> • Gleichstellung von Männern im Bereich von Pflege- und Sorgearbeiten (erwerblich und nicht-erwerblich) • Globale Sorgketten beachten (z.B. Pflegekräfte aus Asien, siehe auch Q 4 und H 14)
Q7: Auswirkungen auf die ländlichen Räume	Frage nach Infrastrukturen (z.B. Gesundheitsbereich, medizinische Versorgung) virulent	<ul style="list-style-type: none"> • Abwanderungsbewegungen führen zu noch stärkerer Überalterung • Erhöhter Erreichbarkeitsbedarf für ältere Menschen (siehe auch H11) • Im ländlichen Raum sind traditionelle Formen mehrgenerativen Wohnens teils erhalten und können impulsgebend für neue mehrgenerative Wohnformen sein.

Diese Zusammenstellung zeigt, dass die Bezüge zwischen dem demografischen Wandel und den Handlungsfeldern und Querschnittsthemen komplex sind und der daraus folgende Integrations- und Koordinationsbedarf hoch ist. Das integrative Moment stellt allgemein ein zentrales Merkmal nachhaltiger Politik und nachhaltigen Regierens dar (siehe auch Steuerer; Trattning 2010). Die hohe Komplexität und der damit verbundene hohe Koordinations- und Integrationsaufwand können eine Nachhaltigkeitsstrategie jedoch überfordern. So wichtig es ist, alle zentralen Handlungs- und Themenfelder einzubeziehen, so notwendig ist zugleich, dass Profile und Schwerpunkte erkennbar werden. Daher wird im Folgenden eine begründete Auswahl getroffen. Die in Tabelle 1 angeführten Wechselwirkungen werden anhand von ausgewählten Handlungsfeldern und Querschnittsthemen veranschaulicht und in zwei Profilen gebündelt. Die Auswahlkriterien sind:

- Intensität der eingangs dargelegten *Herausforderungen* des Demografischen Wandels für Politiken und Nachhaltigkeitsstrategien und der daraus resultierende Problemdruck
- *Gestaltungspotenziale*, die sich insbesondere aus der Verknüpfung verschiedener Nachhaltigkeitsdimensionen (ökologisch, ökonomisch und sozial), Handlungsfelder und Querschnittsthemen ergeben.

Nach diesen beiden Kriterien können exemplarisch und zur Veranschaulichung zwei Profile von Wechselwirkungen abgeleitet werden. Das problemorientierte Profil verbindet Handlungsfeld 1, Klimaschutz (hier v.a. Klimawandel) mit Handlungsfeld 8, sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe und ist analytisch ausgerichtet. Es soll für zentrale Herausforderungen sensibilisieren und betrifft die Leitbildebene sowie die Ebene der Haltung, die hinter politischen Strategien und Maßnahmen steht.

Ausgangspunkt des Profils ist, dass demografische Probleme der Unter- und Überbevölkerung durch den Klimawandel verstärkt werden. Dies gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Teilhabe in einer gesellschaftspolitischen Situation, die schon aktuell von Radikalisierung, Fundamentalismus und dem Verlust von Pluralität gekennzeichnet ist (siehe auch Wilhelm Heitmeyer zur Bielefelder Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ von 2002 bis 2011). Damit gibt es nicht nur Wechselwirkungen ersten Grades (z.B. zwischen Demografie und Klimaschutz), sondern auch zweiten Grades (die Wechselwirkung von Demografie und Klimawandel hat ihrerseits Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt). Solcherart Wirkungen zweiten Grades sind in Schaubild 1 durch Querpfeile dargestellt. Aus den Wechselwirkungen werden anschließend Herausforderungen für Nachhaltigkeitsstrategien hergeleitet. Sie liegen in den langen Zeithorizonten und der räumlichen Ungleichzeitigkeit klimatischer und demografischer Veränderungen. Abschließend werden Heraus- und Anforderungen für die Politik abgeleitet. Sie liegen insbesondere in weitsichtigen (lange Zeithorizonte), differenzierten (räumliche Ungleichzeitigkeit bzw. unterschiedliche räumliche Betroffenheit bei klimatischen und demografischen Wirkungen) und soziale Gerechtigkeit (um gesellschaftlichen Radikalisierungs-, Fundamentalismus- und Ausgrenzungstendenzen entgegenzuwirken) beachtenden nachhaltigen Demografie- und Sozialpolitiken. Diese sind geboten, damit Klimawandel und sozialer Wandel sich nicht negativ wechselseitig verstärken und in dieser Kombination den sozialen Zusammenhalt weiter destabilisieren.



Abbildung 7-1 - Profil 1: Demografie als Herausforderung für Nachhaltigkeitsstrategien und Politik

Das zweite Profil ist gestalterisch ausgerichtet. Es soll Gestaltungspotenziale aufzeigen, die sich aus einer klugen Nutzung von Synergien zwischen den Handlungsfeldern und Querschnittsbereichen ergeben können. In diesem Profil wird das Handlungsfeld Demografie in Zusammenhang mit den Handlungsfeldern Faire Arbeit (H6) und Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung (H 10) gestellt. Diesen beiden Handlungsfeldern werden weiter je zwei Querschnittsthemen zugeordnet: Bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe (Q3) sowie Gleichstellung der Geschlechter (Q6) zum Handlungsfeld Faire Arbeit; Nachhaltigkeit in Kommunen/ Lokale Agenda 21 (Q5) sowie Auswirkungen auf ländliche Räume (Q7) zum Handlungsfeld Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung. Hier wird erstens auf der zeitlichen Ebene deutlich, dass mit der Zunahme von Sorge- und Pflegetätigkeiten (bis hin zum Pfllegenotstand) die Frage der Zukunftsfähigkeit von Arbeit aufgeworfen ist. Zweitens stellt sich im Kontext der räumlichen Ebene (Stadt, Quartier, ländliche Räume) insbesondere mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse die Frage nach Daseinsvorsorge, nach Infrastrukturen und anderen unterstützenden Strukturen. Außerdem wird sichtbar, wie zielführend Verknüpfungen – von erwerblichen und nicht-erwerblicher Arbeiten ebenso wie von sozialen und ökologischen Aspekten der Stadt- und Quartiersgestaltung – sein können.



Abbildung 7-2 - Profil 2: Demografie als Hinweis auf Synergieeffekte und Gestaltungsmöglichkeiten

8 Pfade der Umsetzung – Modellprojekte und Maßnahmen

Die beiden hier vorgeschlagenen Modellprojekte werden aus dem dargelegten Problemdruck, aus den skizzierten Synergieeffekten und insbesondere aus den beiden Profilen zu den Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten hergeleitet. Einbezogen werden erstens Hinweise und Anregungen aus der 10. Sitzung des Teams Nachhaltigkeit am 8. Dezember 2016 in Wuppertal sowie zweitens Überlegungen und Vorschläge der drei WI-Expert*innen Carolin Schäfer-Sparenberg, Ralf Schüle und Rainer Lucas (s.o., Fußnote 2) in einem weiteren Gespräch am 19. Dezember.

Auf der 10. Teamsitzung wurde geäußert, der größte Problemdruck liege darin, die fragmentierten Debatten zusammen zu führen. Daher liegen den Vorschlägen Ansätze möglicher sozial-ökologischer Verknüpfungen zugrunde. Weiter wurde darauf hingewiesen, dass Gestaltungsfelder und Konflikte nicht neu entdeckt werden müssten. Sie seien da. Es gelte, die positive Rolle einer Landesnachhaltigkeitsstrategie bezogen auf Konflikte und Gestaltungsmöglichkeiten herauszuarbeiten. Auch wurde auf der Sitzung betont, dass in den Fragen des sozialen Zusammenhalts eine zentrale Herausforderung liege.

Zu fragen bleibt, ob „Modellprojekte“ und Maßnahmen“ die geeigneten Formate zur Bearbeitung gesellschaftlicher Krisen (ökologisch z.B. physischer Klimawandel, sozial z.B. gesellschaftlicher Klimawandel, politisch z.B. demografiebedingtes Demokratieproblem...) darstellen. Im Jahr 2007 hat Schwester Karoline Mayer aus Santiago de Chile (sie wird auch die „Mutter Teresa Südamerikas“ genannt und ist in der sozialen Arbeit tätig) der Autorin gegenüber geäußert, sie halte nichts von Projekten, da es darum gehe, Strukturen zu bilden. Auch das auf der Teamsitzung angesprochene Problem der Infrastrukturen (Investitionsstau, neue Anforderungen durch Klimawandel und demographischen Wandel) weist darauf hin, dass strukturelle Fragen nur teilweise projektförmig beantwortet werden können.

Das Expert*innengespräch am 19. Dezember hat deutlich gemacht, dass ein wichtiger Ansatz darin liegt, Begegnungsräume zu schaffen oder zu stärken. Orte, an denen vorbehaltlos Begegnungen zwischen verschiedenen Menschen und Gruppen stattfinden können, die dem Hass auf die anderen entgegenwirken können.

Solche Orte können nicht am „grünen Tisch“ entworfen und dann top down umgesetzt werden. Die Landesregierung sollte vielmehr an den bestehenden Problemen anknüpfen und sich auf die dazu stattfindenden Debatten beziehen. Auch können – in Anlehnung an die Philosophin Martha Nussbaum – Orte der Begegnung politisch ermöglicht werden. Die hier skizzierten Vorschläge sind daher als Anregung und Impuls zu verstehen. Ihre genauere Planung und Verwirklichung sollte partizipativ und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den sozialen Bewegungen erfolgen.

8.1 Begegnungsräume und Zukunftssalons

8.1.1 Hintergrund und Prinzipien

Der Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ des Brundtland Berichts von 1987 verweist auf die integrative Kraft der Nachhaltigkeit und auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Vorsorgestrategie. Mit Visionen zu einer gemeinsamen Zukunft kann eine Nachhaltigkeitsstrategie gesellschaftlichen Spaltungen entgegenwirken. Und das Interesse an einer auch für nachfolgende Generationen lebenswerten Zukunft vermag Brücke zu schlagen zwischen verschiedenen Altersgruppen, Kulturen und Religionen – wie z.B. in den „Ferien vom Krieg“.

Ferien vom Krieg ermöglicht Begegnungen mit den Anderen

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie verfolgt eine friedenspolitisch orientierte humanitäre Linie der Unterstützung der Ärmsten der Armen und der vom Krieg am meisten betroffenen Flüchtlinge und Zivilisten. Im Jahr 1994 hat das Komitee noch während des Krieges bosnische und kroatische Waisen- und Flüchtlingskinder zu einer 14-tägigen Erholungsfreizeit an der Adria eingeladen. Es war der Beginn des Projekts *Ferien vom Krieg*. Inzwischen haben mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche an solchen Sommerbegegnungen mit den ‚Anderen‘ teilgenommen.

Im Jahr 2002 hat das Komitee zeitgleich mit dem Höhepunkt der zweiten Intifada erstmals junge Erwachsene aus Israel und Palästina zu Dialogseminaren nach Deutschland eingeladen. Inzwischen haben an diesen Begegnungen etwa 2.000 junge Menschen teilgenommen. Im Bericht von 2016 heißt es: „Wenn junge Israelis und Palästinenser aufeinander treffen, ist nichts selbstverständlich: sich gegenseitig zuzuhören so wenig wie miteinander zu reden. Es geht um die Macht der Definition, um verbalisierte Kräfteverhältnisse, um Anerkennung und Akzeptanz.“

(siehe http://www.ferien-vom-krieg.de/sites/default/files/Bericht%20Herbst%202016_0.pdf)

Dieses Beispiel zeigt, dass Begegnungen mit dem Anderen auch in Extremsituation und vor dem Hintergrund verfeindeter Kriegsparteien möglich sind. Mit Bezug auf die Landesregierung und die Nachhaltigkeitsstrategie gilt es wie oben dargelegt, die positive Rolle und das friedensstiftende Potenzial herauszuarbeiten und zu verwirklichen.

Herzstück der Begegnungsräume und Zukunftssalons sind Orte, an denen das sonst Getrennte zusammen kommen kann. Sehr alte und sehr junge Menschen, verschiedene Kulturkreise oder verschiedene soziale Milieus. Beispielsweise kann in einem Zukunftssalon erörtert werden, was die verschiedenen Religionen zum Umgang mit Menschen, mit Alten, mit Anderen, mit Natur und mit Zukunft sagen. Hier können gemeinsame Zukunftsbilder entworfen werden, die Platz für Unterschiede lassen. Aus diesen Gesprächsräumen heraus sollten andere mögliche Erfahrungsräume angestrebt werden, beispielsweise gemeinsame Tätigkeiten in Gärten und/oder Werkstätten. Im Unterschied zu der vorwiegend an Unternehmen, Interessenvertretungen und Beschäftigte gerichteten Strategie „DEMOGRAFIE AKTIV“ steht hier die „Lebenswelt“, stehen die alltäglichen Erfahrungen, Sorgen und Wünsche der Menschen im Vordergrund.

Ein zentrales Moment ist, dass Menschen erreicht werden, die sonst eher nicht erreicht werden. Beispielsweise werden junge Menschen durch das „Ehrenamt“ kaum erreicht. Es gibt eine kulturellen Kluft in der Art, wie alte und junge Menschen kommunizieren, sich organisieren, sich einbringen. So erreichen häufig auch Integrationsbeauftragte Jugendliche nicht und kennen deren „Integrationsrituale“ nicht. Auch haben manche migrantische Milieus die Tendenz zur Abschottung. Und sehr arme oder sehr reiche Menschen schweigen eher über ihre soziale Situation. Manche sehr alte Menschen verweigern – z.B. bezogen auf Klimawandel und Gesundheit – Hilfsangebote, denn mit der Inanspruchnahme würden sie ihre Hilfsbedürftigkeit zugeben und ihre Selbständigkeit gefährden.

Anzustreben ist weiter, dass sich aus diesen Räumen heraus eine politische Stimme und Funktion entwickeln kann. Angelehnt an den Vorschlag einer „Zukunftskammer“ von Claus Leggewie (siehe Leggewie 2013, allerdings hier nicht per Los ausgewählt) könnten die Beteiligten an solchen Räumen beispielsweise eine „parlamentarische Stunde“ verlangen oder zu einer solchen eingeladen werden. Auch der von Christiane Overkamp (auf der 10. TEAM NH Sitzung) eingebrachte Vorschlag zu einem „Gerechtigkeitspakt“ kann hier aufgegriffen werden. Denn eine Ursache für den Verlust an sozialem Zusammenhalt ist, dass das Gerechtigkeitsempfinden von Menschen verletzt worden ist. Wo erleben beispielsweise die Beteiligten Ungerechtigkeiten und welcherart Pakt könnte hierbei hilfreich sein?

Solcherart Orte sind auch deshalb heute so bedeutsam, weil (u.a. von Ulrich Beck problematisiert) die alten Integrationsinstitutionen (z.B. Kirche, Gewerkschaften, Vereine) schlechter funktionieren und keine neuen an deren Stelle getreten sind. Begegnungsräume für Nachhaltigkeit können politisch nicht verordnet werden, doch ein Entstehen und Wachsen solcher Orte kann politisch ermöglicht werden.

Das „Modellprojekt“ sollte im Zentrum der Wechselwirkungen zwischen den Bereichen Demographie, Klimawandel und Sozialer Zusammenhalt angesiedelt sein. Es sollte schrittweise entwickelt werden und zu Beginn verschiedene Optionen offen lassen.

8.1.2 Fünf erste Schritte

Erster Schritt, hausinterne Reflexionsphase

Trennungen und fragmentierte Debatten finden auch in der Politik selbst statt. Eine Nachhaltigkeitsstrategie „lebt“ jedoch von Integration und Verknüpfungen. In einem *ersten Schritt* sollten daher hausinternen Möglichkeiten eruiert werden: Wie sozial sensibel ist beispielsweise das Umweltministerium und wie umweltsensibel sind die Sozialministerien? Wie gut ist die Kooperation beispielsweise von Gesundheitsministerium und Umweltministerium mit Blick auf Klimawandel, demografischen Wandel und Gesundheit? Wo liegen Stärken, wo Schwächen? Welche integrativen Ansätze gibt es bereits und welche wären außerdem sinnvoll? Wie intensiv ist der Austausch über demografische Entwicklungen zwischen den für junge und für alte Menschen zuständigen Ministerien? Weiter gilt Gerechtigkeit gilt als *die* politische Kardinalstugend. Daher sollte auch diese Thematik und sollten Überlegungen zu einem Gerechtigkeitspakt Bestandteil des interministeriellen Austauschs (z.B. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales; Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz; Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport sowie Mi-

nisterium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter) sein. Wie wird die Gerechtigkeitsfrage in den verschiedenen Ressorts eingeschätzt und wo liegen Ansatzpunkte zu deren Bearbeitung?

Voraussetzung für die Umsetzung ist der politische Wille zu dieser sich austauschenden Reflexion. Finanzielle Ressourcen werden dann gebraucht, wenn der Prozess wissenschaftlich (konzeptionell beratend und transdisziplinär) begleitet werden soll.

Zweiter Schritt, Sondierungsphase

Ein *zweiter Schritt* liegt in dem Ausräumen der Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik, Governance und Government. Für den Aufbau von Begegnungsräumen wie auch für die Mitnutzung vorhandener Begegnungsräume ist die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zentral. Naheliegend sind mit Blick auf den Klimawandel insbesondere BUND NRW e.V. und NABU NRW e.V.; mit Blick auf den sozialen Zusammenhalt und einem religionsübergreifenden Dialog v.a. das Institut für Kirche und Gesellschaft und die Sozial- und Wohlfahrtsverbände. Einbezogen werden sollten außerdem die Interessenvertreter*innen wichtiger sozialer Gruppen (hier Frauenbüros, Landesjugendring, Landesseniorenvertretung) sowie vorhandene Einrichtungen wie das Kompetenzzentrum für Integration NRW als Koordinierungsstelle und das jeweilige Kommunale Integrationszentrum vor Ort in der Planungsphase (s.u.). Am Ende dieser Phase sollte sich eine Gruppe zur Konzeptentwicklung gebildet haben.

Dritter Schritt, konzeptionelle Phase

Die Erkundung möglicher Räume und die Erarbeitung erster Konzepte stellen den dritten Schritt dar. Hierbei sind zwei Kriterien ausschlaggebend. Erstens ist zu fragen, ob Räume für das Erdenken und experimentelle Erhandeln gemeinsamer Zukünfte in schon vorhandene Räume (etwa die kommunalen Integrationszentren) integriert werden können. Zweitens ist zu überlegen, wo solche Räume besonders dringend gebraucht werden. Der Vermutung nach sind es die eher die strukturschwachen Räume, in denen der Problemdruck am größten ist. Auch zeigt beispielsweise die Studie zu Demografie-Konzepten der Kommunen in NRW (Sozialverband Nordrhein Westfalen 2015), dass die Beispiele guter Praxis in NRW ungleich verteilt sind: eher Viele in den Regierungsbezirken Köln und Münster, eher Wenige in Düsseldorf, Detmold und Arnsberg.

Konzepte zu Begegnungsräumen und Zukunftssalons sollten mehrgleisig angelegt sein. Zum einen geht es um die Konzeption möglicher physischer Orte (Häuser, Räume), weiter um Konzepte für anderer Formate (z.B. Freizeit- oder Ferienprojekte) und schließlich um die Konzeption möglicher Inhalte, beispielsweise für Veranstaltungsreihen in Zukunftssalons. Zur Veranschaulichung hier eine fiktive Ankündigung:

Von der Zukunft nicht zu schweigen

Einladung zum Ersten Zukunftssalon in der City Kirche Wuppertal Barmen am 16. Juni 2017, 16.00 -18.00 Uhr, Eintritt frei

Wie sieht die Zukunft eines neunjährigen Mädchen aus Syrien aus?

Was erzählt eine allein lebende 87jährige Frau über Zukunft?

Welche Zukunft wünscht sich ein Grundrentenempfänger aus Oberbarmen – und von welcher Zukunft spricht sein Sohn?

Die Wuppertaler Filmemacherin Christina Weber stellt ihr Filmprojekt „Zukunft erzählen“ vor und lädt gemeinsam mit Ayse Astal vom Integrationszentrum Wuppertal zum Miterzählen ein.

In dieser Phase sollten ein Begegnungsraum, ein Zukunftssalon und ein weiteres Format konzipiert und sollten mögliche Orte und Träger vorgeschlagen werden. Die Konzepte stellen die Grundlage für die nächste Phase dar. Mindestens zwei Mitglieder der Konzeptionsgruppe sollten auch an der folgenden Planungsphase beteiligt sein.

Vierter Schritt, Planungsphase

Die partizipative Planung von Begegnungsräumen und Zukunftssalons stellt den *vierten Schritt* dar. Hier sind zugleich Wege zu finden, wie die „einfachen Menschen“ erreicht werden können. Beispielsweise sind der Klimawandel und seine Folgen zu abstrakt für das Erdenken von Zukunftsbildern mit Kindern bzw. die Thematik müsste für sie aufbereitet werden. Beispielsweise werden Migrantinnen vermutlich eher über das gemeinsame Tun als über Gesprächskreise erreicht. Beispielsweise neigen einkommensschwache und/oder arbeitslose Menschen dazu, sich zurückzuziehen. Daher ist zunächst in Zusammenarbeit mit kommunalen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung eine Planungsgruppe zu bilden, die möglichst viele Menschen unterschiedlicher Altersgruppen und Milieus in den Planungsprozess integriert. Ergebnis dieser Planungsphase sollten zwei Starterprojekte und ein Begegnungsraum sein. Beispielsweise so:

Starterprojekt 1: Drei Zukunftssalons, einer von Jugendlichen, einer von älteren Menschen einer von Migrant*innen gestaltet.

Starterprojekt 2: Zwei integrative Freizeitangebote, ein interkulturelles und ein intergeneratives.

Begegnungsraum: Bau- oder Zirkuswagen als mobiler und offener Ausstellungsraum. Er wird wechselweise von einer islamischen, einer evangelischen, einer katholischen, einer jüdischen und einer buddhistischen Gemeinde oder einem Zentrum eingeladen und mit einer Veranstaltung zu Zukunft und Nachhaltigkeit verbunden.

Schließlich sollte auch eine grobe Finanzplanung für den fünften Schritt erfolgen: die Umsetzung. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, ob es sich bewusst um Ein-

zelmaßnahmen handelt, ob die Starterprojekte zunächst experimentellen Charakter haben oder ob aus ihnen Verstetigungen hervorgehen sollen.

Fünfter Schritt: Umsetzung

Eine genaue Projektierung und Budgetierung kann an dieser Stelle noch nicht erfolgen, denn die vorgeschlagene Vorgehensweise ist offen und prozessual. Auch muss beispielsweise im Prozess geklärt werden, ob vorhandene Orte genutzt werden können oder zusätzliche Räume geschaffen werden sollten; ob und wenn welches Personal erforderlich ist und welche konkreten Ereignisse und Projekte mit welchen Ressourcen unterlegt werden sollten. Und es muss mit den Menschen gemeinsam geplant und der Bedarf muss gemeinsam ermittelt werden.

Die Gesamtkosten für die in den Schritten eins bis fünf angeführten Aktivitäten und Materialien (einschließlich des Bau- oder Zirkuswagens) liegen in der Größenordnung von etwa 120.000 Euro.

8.2 Sozial-ökologische Raumgestaltung im Quartier

8.2.1 Hintergrund und Prinzipien

Auch diesem Vorschlag liegt der Gedanke der Begegnungsräume zugrunde. Sie sind in den Wechselwirkungen von Fairer Arbeit und Nachhaltiger Stadt- und Quartiersentwicklung; von Bürgerschaftlichem Engagement/Teilhabe und Nachhaltigkeit in Kommunen/Lokale Agenda 21 sowie von Gleichstellung der Geschlechter und Auswirkung auf die ländlichen Räume zu verorten. Auf der Ebene der Strategieelemente (siehe Abschnitt 6) fallen sie eher in den Bereich der Anpassung, denn diese bezieht sich vor allem auf den Ausbau, den Umbau und den Rückbau von Infrastrukturen. Dennoch haben innovative Infrastrukturen und Angebotsformen auch ein vorsorgendes Element. Tätige sozial-ökologische Raumgestaltung ist mit der partizipativen Entwicklung und politischen Ermöglichung neuer Arbeits- und Wohnformen verbunden.

Lange sind soziale und ökologische Raumgestaltung in der Stadt, im Quartier und auf dem Land getrennt gedacht, geplant und gefördert worden. Inzwischen ist die Notwendigkeit und ist das Potenzial der Synergien besser erkannt worden und es bestehen Anknüpfungsmöglichkeiten. Weniger erkannt und präsent ist die notwendige Verknüpfung der verschiedenen Arbeitsarten (Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit). Immer noch wird die Zukunft der Arbeit weitgehend von der Erwerbsarbeit aus gedacht. Auf der Sitzung des TEAM NH ist jedoch die Notwendigkeit und das Gestaltungspotenzial einer solchen Verknüpfung betont worden. Ein weiteres Moment der tätigen sozial-ökologischen Raumgestaltung liegt in der Frage der Infrastrukturen. Einerseits gibt es einen Investitionsstau aufgrund vernachlässigter Instandhaltung, andererseits erfordern Nachhaltigkeits- und Demografiestrategien neue, teils deutlich flexiblere Planungsansätze und Infrastrukturkonzepte.

Neben den sozial-ökologischen Verknüpfungen und Synergien sind zwei weitere Momente zentral: Zum einen Patenschaften und Partnerschaften, zum anderen Nachbarschaften. Beide Formate ermöglichen wechselseitige Unterstützung und gegenseitige Hilfe.

Bei Patenschaften und Partnerschaften gibt es einen Bezug zu DEMOGRAFIE AKTIV mit Blick auf die Frage, wie wertvolles Erfahrungswissen Älterer für die Zukunft gesichert werden kann. Eine mögliche Patenschaft im Betrieb ist, dass ältere Mitarbeiter*innen die Jüngeren coachen. Solche Patenschaften sollten auch für die anderen Arbeitsarten entwickelt werden. Eine andere Art von Paten- und Partnerschaft wäre die Stadt-Land-Kooperation (wie auf S. 7 erwähnt zum Beispiel in Aachen und Münster). Zu dieser Art Patenschaft zählt beispielsweise die solidarische Landwirtschaft.

Nachbarschaften haben von Beginn an in der Nachhaltigkeitsdebatte – z.B. globale Nachbarschaft– eine wichtige Rolle gespielt. Hier geht es um die Ermöglichung und Unterstützung der Wieder-Aneignung von Nachbarschaften bei Nutzung vorhandener Ansätze (z.B. das bundesweite Netzwerk Nachbarschaft).

Insgesamt geht es bei diesem Vorschlag um Begegnungsräume, die in der Stadt und auf dem Land sichtbar werden und die so konzipiert sind, dass auch nicht geplante Begegnungen stattfinden können. Solcherart Begegnungen haben beispielsweise unter Kindern stattgefunden, als es noch möglich war, auf den Straßen zu spielen. Damit ist auch die Frage nach der Gestaltung öffentlicher Räume und Plätze aufgeworfen.

8.2.2 Fünf erste Schritte

Erster Schritt, hausinterne Reflexionsphase

Auch hier sind in einem *ersten Schritt* die Synergiepotenziale zwischen verschiedenen Ministerien zu eruieren und fragmentierte Debatten zusammenzuführen. Beteiligt sein sollten insbesondere das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales, das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und sowie das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr. Wo liegen Überschneidungen mit Blick auf tätige sozial-ökologische Raumgestaltung, welche Ansätze gibt es bereits und wie ist die Förderlandschaft aufgebaut bzw. ließe sich besser zusammenführen? Die Reflexion und Verständigung ist hier weniger prinzipieller Natur und sollte schnell in konkrete Projekt- und Maßnahmenplanung einmünden.

Finanzielle Ressourcen werden für diesen Schritt dann gebraucht, wenn der Prozess wissenschaftlich (konzeptionell beratend und transdisziplinär) begleitet werden soll.

Zweiter Schritt, konzeptionelle Phase

In einem *zweiten Schritt* sind konzeptionelle und prinzipielle Überlegungen zu dem oben erwähnten „Gerechtigkeitspakt“ sinnvoll, insbesondere mit Blick auf Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und ökologische Gerechtigkeit. Auch sind die sozial-ökologischen Qualitäten vorhandener Strategien und Projekte in diesem zweiten Schritt zu reflektieren. Wie „sozial“ sind beispielsweise die 100 Klimaschutzsiedlungen in NRW? Reicht die Berücksichtigung des Mehrgenerationenaspekts – oder sind diese Siedlungen eher für die umworbene reiche ältere Generation konzipiert? Wie „ökologisch“ sind beispielsweise vorhandene und geplante Unterkünfte für Flüchtlinge? Diese Phase sollte zunächst hausintern abgestimmt werden und dann die Zivilgesellschaft einbeziehen. Ergebnis sollte der Entwurf eines Gerechtigkeitspakts sowie eine Kurzübersicht zu sozial-ökologischen Fördermöglichkeiten

sein, beides auch als Grundlage für die Konzeption und Planung von Einzelprojekten. Zwei bis drei Teilnehmer*innen dieser Phase sollten auch in den weiteren Prozess eingebunden sein.

Dritter Schritt, Sondierungs- Erkundungsphase

Der *dritte Schritt* liegt in der Sondierung und Erkundung möglicher Einzelprojekte, die sowohl die Gerechtigkeitskriterien als auch das Kriterium der Verknüpfung sozialer und ökologischer Aspekte und der verschiedenen Arbeitsarten erfüllen. Beispielsweise ist mit Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und bürgerschaftliches Engagement zu vermuten, dass hier insbesondere im ökologischen Bereich ältere Männer deutlich überrepräsentiert sind. Hingegen dürften selbstorganisierte Initiativen wie Tauschbörsen oder Foodsharing stärker von Frauen geprägt und eher generationenübergreifend sein. Mögliche Einzelprojekte sollten zum einen an Grundbedürfnissen (Ernährung und Wohnen), zum anderen an Fairness (z.B. geschlechtergerechte Verteilung von Sorgetätigkeiten oder Beachtung derjenigen, die an solchen Projekten erfahrungsgemäß bislang eher nicht teilhaben konnten) und an Synergiepotenzialen (z.B. weisen Wohnprojekte häufig einen hohen Anteil an „Eigenleistung“ bzw. „Eigenarbeit“ auf) orientiert sein. In dieser Phase sollten bereits Gespräche mit in diesen Bereichen schon tätigen Personen stattfinden.

Weiter gehört eine Abwägen von Angebot (neuer und seitens der Landesregierung angestoßener Projekte) und Unterstützung (bereits vorhandener Ansätze beispielsweise der Transition Town- oder der Care-Revolution-Bewegung) in diese dritte Phase. Schließlich ist das Ausloten der vorhandenen Kooperationsansätze und der weiteren Kooperationsbedarfe mit gesellschaftlichen Akteur*innen (z.B. Deutscher Städtetag, DGB NRW, LAG 21 NRW e.V., Kommunale Frauenbüros und Akteur*innen der genannten sozialen und ökologischen Bewegungen) Bestandteil des dritten Schritts.

Ergebnis dieser Phase sollten eine konzeptionelle Bündelung und ein Modellprojekt-Profil sein.

Vierter Schritt, Planungsphase

Die partizipative Planung von Einzelprojekten stellt den *vierten Schritt* dar. Ein fiktives Projekt wird hier exemplarisch skizziert.

Dortmunder Weg¹³

Im Verbund des bundesweiten Modellprogramms „Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen“ mit dem neu aufgelegten nordrhein-westfälischen Modellprogramm „Sozial-ökologisches Quartier gestalten“ entsteht das Modellprojekt Dortmunder Weg.

Im Stadtteil Dortmund Marten werden zwölf Häuser der Germaniasiedlung einer genossenschaftlichen sozial-ökologischen Sanierung und Nutzung mit dem Ziel gemeinschaftlichen und intergenerativen Wohnens zugeführt. Gleichzeitig wird ein projekt- und trägerübergreifendes Netzwerk aufgebaut. Es gewährleistet in enger Kooperation mit dem Dortmunder Jobcenter die häusliche Gesamtversorgung in den Bereichen Haushalt und Pflege. Dabei werden die verschiedenen Arbeitsarten (Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, bürgerschaftliches Engagement und Eigenarbeit) so aufeinander bezogen, dass keine von ihnen entwertet oder

¹³ Das Beispiel ist an das Projekt „Nürnberger Weg“ angelehnt. Siehe unter <http://www.nuernbergerweg.de/das-projekt/>

missbraucht wird. Die Münchener Anstiftung hat eine Patenschaft für das Projekt übernommen und unterstützt den Aufbau eines Repair Cafes sowie eines urbanen interkulturellen Gartens. In einem der Häuser sollen Gemeinschaftsräume entstehen, die auch für Veranstaltungen genutzt werden können. Auch Räume für das Dienstleistungsnetzwerk, die Tauschbörse und für das Repair Cafe sind vorgesehen. Das Modellprojekt Dortmunder Weg übernimmt weiter die Trägerschaft für die seit Jahren geforderte Umgestaltung der Spielflächen. Eine Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz in Bezug auf das nahe gelegene Naturschutzgebiet Hallerey ist vorgesehen.

Fünfter Schritt: Umsetzung

Auch hier kann eine genaue Projektierung und Budgetierung noch nicht erfolgen, denn die vorgeschlagene Vorgehensweise ist offen und prozessual. Außerdem muss im Prozess u.a. geklärt werden, ob vorhandene Orte genutzt werden können oder zusätzliche Räume geschaffen werden sollten; ob und wenn welches Personal erforderlich ist und welche konkreten Ereignisse und Projekte mit welchen Ressourcen unterlegt werden sollten. Und es muss mit den Menschen gemeinsam geplant und der Bedarf muss gemeinsam ermittelt werden.

Die Gesamtkosten für die in den Schritten eins bis fünf angeführten Aktivitäten, Materialien und Immobilien liegen in der Größenordnung von etwa 1.230.000 Euro.

9 Fazit

Eine vertiefende Betrachtung und Analyse des Handlungsfeldes Demografie zeigt, dass mit dem demografischen Wandel große gesellschaftliche, nachhaltige und politische Herausforderungen verbunden sind:

1. Das Politikfeld Demografie ist noch jung. Es kann auf bevölkerungspolitische Traditionen nicht zurück greifen, weil sie von Diskriminierungen, Rassismus bis hin zu Pogromen und Genozid durchsetzt sind. Daher grenzt sich Demografiepolitik von Bevölkerungspolitik ausdrücklich ab.

Probleme des demografischen Wandels verweisen häufig auf allgemeinere gesellschaftliche Problemlagen bzw. sind mit ihnen verknüpft. Dies birgt besondere Herausforderungen und zugleich auch Chancen für die Politik insgesamt und für Nachhaltigkeitsstrategien im Besonderen. Beispielsweise bedeutet die Alterung der Bevölkerung, dass sich die gesellschaftliche Zeitorientierung verändert. Sie ist stärker der Vergangenheit zugewandt, während eine Nachhaltigkeitsstrategie zukunftsbezogen ist. Dieses Spannungsfeld enthält zugleich ein demokratisches Problem, wenn immer mehr Ältere über die Zukunft von immer weniger Jüngeren entscheiden – wie der Brexit im Jahr 2016 gezeigt hat. Daher sind neue demokratische Formate für eine faire Behandlung von Zukunftsfragen erforderlich.

2. Besondere Herausforderungen für die Politik liegen zum einen in den unterschiedlichen Zeithorizonten. So finden demografische und klimatische Wandlungsprozesse in langen Zeiträumen statt. Auch Nachhaltigkeitsstrategien sind langfristig angelegt. Die Wirklichkeit des Regierungshandelns spielt sich aber in Legislaturperioden ab, die weitaus kürzer sind. Zugleich verweist der demografische Wandel, insbesondere wenn er im Kontext mit anderen kritischen Entwicklungen (Klimawandel, abnehmender sozialer Zusammenhalt) analysiert wird, auf die Notwendigkeit, fragmentierte Debatten und ressortfixierte Politiken zusammen zu führen. Daraus folgt, dass die politische Aufgabe nicht nur nach außen hin darin besteht, demografische Entwicklungen nachhaltigkeitsstrategisch zu regulieren, sondern dass auch nach innen hin die Verfasstheit von Politik und Verwaltung mit Blick auf Zeithorizonte, Demokratieprobleme und ressort-übergreifende Integrationsbedarfe zu reflektieren sind.

Die Punkte 1 und 2 stellen zugleich Chancen für die Politik dar. Denn zum einen bergen demografiepolitische und nachhaltige Strategien auch Lösungsansätze für andere gesellschaftliche Problemlagen und zum anderen leistet eine innere Reflexion einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Politik und Nachhaltigkeitsstrategie.

3. Nachhaltigkeit und Demografischer Wandel stellen zwei Großthemen dar. Daraus folgt die Aufgabe, möglichst viele Verknüpfungen und Wechselwirkungen zu beachten. Damit geht jedoch die Gefahr einher, dass die Berücksichtigung der vielen verschiedenen Handlungsfelder und Querschnittsthemen zu Kontur- und Profillosigkeit führt. Daraus folgt eine Kunst der Gleichzeitigkeit: Einerseits offen zu bleiben, möglichst viele Aspekte zu berücksichtigen und insbesondere soziale und ökologische Fragen, Themen und Probleme integrativ zu verknüpfen. Andererseits deutliche Profile zu erstellen, Schwerpunkte zu setzen und klaren konzeptionellen Leitlinien zu folgen.

4. Zwei solcher Profile sind mit dem Ziel der Schwerpunktsetzung von Wechselwirkungen gebildet worden.

Vor allem das Profil 1 (Demografie als Herausforderung für Nachhaltigkeitsstrategien und Politik) zeigt, dass das Vorgehen iterativ sein sollte und Phasen der Reflexion und des Ausräumens der Möglichkeiten des Zusammenhandelns (innerpolitisch der verschiedenen Ministerien sowie der verschiedenen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure) vorgeschaltet werden sollten. Möglicherweise bietet sich hier ein konzeptioneller und wissenschaftlich begleiteter Zwischenschritt an, insbesondere mit Blick auf sozial-ökologische Verknüpfungen. Als Formate sind wie in 8.1 skizziert Zukunftssalons, Freizeitangebote und Begegnungsräume naheliegend, die an vorhandene Räume andocken oder neu entstehen können.

Auch für das Profil 2 zu Synergiepotenzialen und Gestaltungsmöglichkeiten sind Begegnungsräume naheliegend, hier sollte die Umsetzung zügiger und anhand von konkreten Projekten erfolgen. Hierzu ist ein Modellprojekt skizziert worden. Zu überlegen bleibt, ob neben Maßnahmen und Projekten zur Verbesserung von Infrastrukturen, Nachbarschaften und der Verknüpfung von Arbeiten und Wohnen auch hier (ähnlich wie in Profil 1) experimentelle und neue demokratische Formate Bestandteil der nachhaltigkeitsstrategischen Praxis sein können. Dies liegt gerade mit Blick auf den in der TEAM NH-Sitzung vorgeschlagenen Gerechtigkeitssatz und mit Blick auf das während der Sitzung genannte Demokratieproblem (immer mehr alte Menschen entscheiden über die Zukunft von Jungen, Brexit) nahe.

5. Die Herausforderungen werden bei Beachtung der aktuellen Entwicklungen und der bevorstehenden Wahlen eher größer. Es bedarf einer mutigen, einer klaren, einer offenen und einer Zukunft ermöglichenden nachhaltigen Politik:

„Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen“.

(Aus der „Zukunftsrede“ von Volker Braun, zuerst gehalten anlässlich des einhundertfünf- undzwanzigsten Geburtstags von Ernst Bloch 2010).

10 Quellenverzeichnis

- Baumann, Andreas; Becker, Andreas (2016): Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Eine kritische Analyse. Oekom: München.
- Behringer, Wolfgang (1998): Hexen. Glaube, Verfolgung, Vermarktung. C.H. Beck: München.
- BMI, Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2012): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.
- Bobbio, Noberto (1996): Vom Alter – De senectute. Wagenbach: Berlin.
- BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), Brot für die Welt (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Fischer: Frankfurt a.M.
- Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2016): heute handeln. Gemeinsam für nachhaltige Entwicklung in NRW. Broschüre. Siehe unter https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/download/nrw-nachhaltigkeitsstrategie_broschuere.pdf, zuletzt am 23.11.2016
- do Mar Castro Varela, María; Mecheril, Paul (Hg.) (2016): Die Dämonisierung der Anderen. Rassismuskritik der Gegenwart. Transcript: Bielefeld.
- Giddens, Anthony (2009): The Politics of Climate Change. Polity Press: Malden MA.
- Heinsohn, Gunnar; Knieper, Rolf; Steiger, Otto (1979): Menschenproduktion. Allgemeine Bevölkerungstheorie der Neuzeit. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Heitmeyer, Wilhelm (2002-2011): Deutsche Zustände, Folge 1-10. Suhrkamp: Frankfurt a.M.
- Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hrsg.) (2013): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Springer VS: Berlin und Heidelberg.
- Leggewie, Claus (2013): Neue Formen der Teilhabe am Beispiel der Zukunftskammern. In: Töpfer, Klaus, Doleres Volkert und Ulrich Mans (Hrsg.): Verändern durch Wissen. Chancen und Herausforderungen demokratischer Beteiligung: Von „Stuttgart 21“ bis zur Energiewende. Oekom: München. S. 41-52.
- Mau, Steffen (2016): Die neuen Ungleichheitskonflikte. In: WSI-Mitteilungen 8/2016, S. 552. http://www.boeckler.de/wsimit_2016_08_kommentar.pdf, zuletzt am 21.12.2016
- Mayer, Tilman (2012): Demografiepolitik. Working Paper. Berliner Demografie Forum, Ausgabe 2, Januar 2012.
- MBWSV Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2014): Urbanes Grün – Konzepte und Instrumente. Leitfaden für Planerinnen und Planer. Düsseldorf.
- Schnur, Olaf (2013): Resiliente Quartiersentwicklung? Eine Annäherung über das Panarchie-Modell adaptiver Zyklen. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4.2013, S. 337-350
- Sozialverband VDK Nordrhein-Westfalen e.V. (Hrsg.) (2015): „Demografie-Konzepte der Kommunen in NRW“ – Qualitative Bestandsaufnahme und Beispiele „guter Praxis“. Düsseldorf.

Steurer, Reinhard; Trattnig, Rita (2010): Nachhaltigkeit regieren: Eine Bilanz zu Governance-Prinzipien und -Praktiken. oekom: München.

Wuppertal Institut (2015): Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen 2030. Das Leitbild. Bericht zum AP 8.1 im Rahmen des Zuwendungsprojektes „Konzeptionelle Analysen und Überlegungen zur Ausgestaltung einer Nachhaltigkeitsstrategie NRW aus wissenschaftlicher Sicht.“

Trojanow, Ilija (2013): Der überflüssige Mensch. Residenz: St. Pölten – Salzburg – Wien

Zimmer-Hegmann, Ralf (2013): Integriertes Handeln. Mehrwert fürs Quartier. In: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV), Bericht Stadtentwicklungsbericht 2013. Quartiere im Fokus, S. 11-15